

Klares Signal gegen die neue Bundesstraße

B212: Bürger bezweifeln Notwendigkeit

Erstmals äußerte sich mit Joachim Delfs gestern ein Behördenvertreter vor Ort zu dem umstrittenen Projekt B 212 (neu). Er betonte, dass alle Einwände gegen den Straßenbau überprüft würden.

VON JENS T. SCHMIDT

DELLENHORST. Die geplante neue Bundesstraße 212 lässt derzeit die Emotionen in Delmenhorst hochkochen. Angesichts dieser Voraussetzungen verlief die Diskussion am gestrigen Abend relativ sachlich. Ihre Ablehnung drückten die meisten der rund 300 Besucher mit höhnischem Gelächter für die Pro-Argumente aus.

Im Fokus des Abends stand Joachim Delfs, Geschäftsleiter der federführen-

den Landesbehörde. Seine Argumentationslinie: Alle Einwände und Bedenken der Bürger würden im nächsten Schritt, dem Planfeststellungsverfahren, eingehend geprüft und abgewogen.

Für detaillierte Fragen, die einzelne Grundstücke und Gebäude betreffen, sei es im Raumordnungsverfahren noch zu früh. „Falls vorher ein Gesichtspunkt nicht ausreichend erfasst wurde, wird er dann untersucht“, versprach Delfs. Im Rahmen der „Feinrassierung“ könne die Streckenführung sich durchaus noch einmal um bis zu 100 Meter verschieben. Im Planfeststellungsverfahren gebe es zudem die Möglichkeit, gegen das Projekt zu klagen.

Diese Argumentation wollten Martin Clausen und Uwe Kroll von der Interessengemeinschaft gegen den B212-Bau Delfs nicht durchgehen



Die Ablehnung der Delmenhorster im Blick: Joachim Delfs erläutert das Vorgehen seiner Behörde und die weiteren Abläufe im Verfahren zur B212 (neu). Im voll besetzten Saal (kleines Foto) findet er aber keine Zustimmung.

FOTO: ANDREAS NISTLER

lassen. Sie warfen der Behörde vor, in der vorgeschriebenen „Grobprüfung“ viele Aspekte schlicht nicht beachtet zu haben. „Sie machen eine unvollständige Grobprüfung und auf dieser Grundlage fällt dann eine Entscheidung für die Südtrasse“, hielt Kroll dem Behördenvertreter vor. Die „vergessenen Punkte“ müssten

zuerst abgearbeitet werden, forderte die IG.

In zahlreichen Wortmeldungen wurde der grundsätzliche Sinn des Projekts in Frage gestellt. Joachim Delfs wies hingegen auf den Bundesverkehrswegeplan hin: „Die Notwendigkeit ergibt sich aus einem Bundesgesetz.“ Viel Applaus erhielt dagegen die Ver-

mutung eines Delmenhorsters, „dass über den mautpflichtigen Wesertunnel der Bremer Haushalt saniert werden soll – auf unsere Kosten!“

Die von der Stadtverwaltung ins Spiel gebrachte Ortsumgehung, offiziell „Entwicklungsachse“ genannt, nannte der Geschäftsbereichsleiter aus Oldenburg „eine eventuelle Al-

ternative“ und „eine Idee, die ganz am Anfang steht.“ Diese sei derzeit aber weder vom Bund, noch vom Land geplant.

Zahlreiche Redner aus dem Publikum riefen dazu auf, die neue B212 zum Entscheidungskriterium an der Wahlurne zu machen. Margitta Spiecker (Nabu) sprach sich zudem für einen Bürgerentscheid aus.